Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Verdacht auf Insiderhandel**
   Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main ermittelt offenbar gegen den Händler einer Tochter der Deutschen Bank. Er soll kurz vor dem Kursabsturz der Mittelstandsbank IKB Aktien verkauft haben. Der Händler soll kurz vor dem Kursverfall der IKB-Aktien im Sommer 2007 Wertpapiere der Mittelstandsbank in erheblichem Umfang verkauft haben. Die Aktien hatten damals dramatisch an Wert verloren, nachdem die Deutsche Bank die Bafin am 27. Juli über die Verbindlichkeiten der IKB-Bank und die daraus resultierenden Probleme informiert hatte. Die IKB-Aktie fiel von 21,97 Euro am 27. Juli auf 12,65 Euro am 3. August 2007. Der Bafin war aufgefallen, dass es unmittelbar vor dem Kursverfall verdächtige Handelsbewegungen mit IKB-Aktien gegeben hatte, die über die Deutsche Bank abgewickelt worden waren.

   "Wenn es zutrifft, dass ausgerechnet ein Händler aus dem Konzern der Deutschen Bank auf den Verfall des Kurses der IKB-Aktie spekuliert hat, kurz bevor Herr Ackermann bei der Bafin wegen einer möglichen Schieflage der IKB Alarm schlägt, dann ist das mindestens ein merkwürdiger Zufall, wenn nicht mehr" erklärte der Würzburger Professor für Bankrecht, Ekkehardt Wenger, gegenüber "Monitor".
   Quelle: taz

2. **Die Strucks haben obsiegt**
   Peter Conradi, SPD, über das Ende der Staatsbahn und die Rückkehr der Basta-Politik
   Quelle: Freitag
3. **Steinbrück: Ausfälle bei Pendlerpauschale durch Arbeitnehmerpauschbetrag kompensieren**
   Falls das Bundesverfassungsgericht die Pendlerpauschale endgültig kippt, wird der Bund sich die fehlenden Steuereinnahmen an anderer Stelle zurückholen – wahrscheinlich beim Arbeitnehmerpauschbetrag. Dies erklärte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) am Mittwochnachmittag im Haushaltsausschuss. Über die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf den Bundeshaushalt in den Jahren 2008 und 2009 könne nur spekuliert werden, erklärte er weiter. Er halte jedoch an

dem Ziel fest, spätestens im Jahre 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Im Übrigen zeigte er sich überzeugt, dass die wirtschaftliche Rezension in den Vereinigten Staaten sich nicht auf Deutschland übertragen werde. Er wolle die Gefahr nicht verharmlosen, aber bisher gebe es keine Anzeichen, dass die Steuereinnahmen, das Wachstum oder die Beschäftigung kippen würden. "Wenn wir in unserer Politik weiter Kurs halten wollen, muss gespart werden – und zwar nicht wenig", so Steinbrück.
Quelle: Bundestag

4. **Die Reindustrialisierung Deutschlands**
Es ist fast schon unheimlich. Der Teil der Wirtschaft, dem man vor zwanzig Jahren den nahenden Tod prophezeite, trägt Deutschland auf einmal sanft durch die Finanzkrisenzeiten: die Industrie. Sie exportiert, sie baut aus, sie stellt ein – und federt watteweich die Einbrüche im Bankensektor ab. Seit ein paar Jahren wächst sogar wieder der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung. „Die Deindustrialisierung in Deutschland ist gestoppt", sagt Rolf Kroker vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln. „Wir reindustrialisieren sogar wieder. Damit ist Deutschland eine Ausnahme unter den entwickelten Ländern." Die Stimmen, die vor wenigen Jahren mahnten, Deutschland müsse den Dienstleistungssektor ausbauen, sind verstummt.
Quelle: FAZ

Anmerkung: *Siehe dazu Albrecht Müller vor fast drei Jahren: Denkfehler 4: »Wir leben in einer Wissensgesellschaft! Wir leben in einer Dienstleistungsgesellschaft! Das erfordert neue Strukturen.«*
Wir wollen ja wirklich nicht immer Recht haben, wir wünschten uns nur, dass nachgedacht wird, bevor man irgendwelchen Trends und Modeströmungen nachläuft.

5. **Land des Lächelns**
Die Neuentdecker der Vollbeschäftigung müssen die Statistik großzügig auslegen.
Quelle: Freitag

Anmerkung AM:
Ein seltsamer Artikel. Ab dem 3. Absatz kann ich voll zustimmen, praktisch jeder Zeile. Die Koalition reklamiert Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit, wo keine sind. Das wird zu Recht kritisiert.
Aber was soll der erste Absatz in diesem Zusammenhang? Ich zitiere:

„Hatten der Club of Rome und Peter Glotz nicht schon in den siebziger Jahren die Grenzen des Wachstums reklamiert und zunehmende Erwerbslosigkeit als

unentrinnbares Schicksal begründet? Würde der Kapitalismus dem Soziologen Ulrich Beck nach nicht sowieso demnächst die Arbeit abschaffen?

Weit gefehlt, wie wir seit einigen Wochen aus berufenen Mündern wissen. "Ja, Vollbeschäftigung in Deutschland ist möglich!", verkündeten SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz und CDU-Wirtschaftsminister Michael Glos in seltener Einmütigkeit. Zwar lag die Erwerbslosenquote zuletzt noch bei 8,4 Prozent. Dennoch, so Glos, sei man auf dem besten Weg. "Wir haben 1,6 Millionen Menschen aus der Arbeitslosigkeit geholt. Jeden Tag entstehen 1.400 neue Arbeitsplätze." Wenn nun noch die Weichen richtig gestellt würden, sei Vollbeschäftigung im nächsten Jahrzehnt zu erreichen. Die Erwerbslosenquote müsste dazu auf drei Prozent oder weniger schrumpfen."

Will uns der Autor des Freitag wirklich einreden, die „zunehmende Erwerbslosigkeit sei ein unentrinnbares Schicksal?" Und womit begründet er das? Mit Berufung auf den „großen Ökonomen" Peter Glotz! Und den noch „größeren Ökonomen" Ulrich Beck! Und weil es halt in fortschrittlichen Kreisen Mode geworden ist, vom Ende der Arbeiten zu schwadronieren, während gleichzeitig an jeder Straßenecke und an jeder Schule und in jeder Uni und auf jeder Pflegestation und in jeder Kanalisation erkennbar ist, wie viel Arbeit vorhanden ist und wie sinnvoll es wäre, die heute Arbeitenden wenigstens etwas aus ihrem Stress zu befreien.

Glaubt der Autor ernsthaft, der Kapitalismus schaffe die Arbeit ab?
Wenn das die Vorstellung eines Teils der Linken wird oder bleibt, dann gute Nacht. Dann kann sich die Arbeitnehmerschaft auf eine Einkommens- und Vermögensverteilung einrichten, die immer schlimmer wird. Nahezu die einzige Chance, wieder Punkte zu machen und die Löhne nach oben zu bringen, liegt in einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Arbeitnehmer müssen Alternativen haben, um nein sagen zu können, um ihre Forderungen durchsetzen zu können. Und das geht nur, wenn wir auf dem Weg hin zur Vollbeschäftigung weiterkommen. Deshalb: Was ist gegen die im zweiten Absatz zitierten Ziele von Scholz und Glos einzuwenden? Gegen ihre statistischen Tricks ist viel einzuwenden. Gegen ihre Methode, Minijobs und prekäre Arbeitsverhältnisse als Fortschritt auf dem Weg zur Vollbeschäftigung zu rühmen, ist auch alles einzuwenden. Aber gegen ihr Ziel „Vollbeschäftigung in Deutschland ist möglich", wenn es ernst gemeint wäre, ist nichts einzuwenden.

6. **DGB-Vorstandsmitglied über arme Rentner: "Altersarmut rollt auf uns zu"**
   Es rollt eine richtige Altersarmut-Welle auf uns zu, glaubt Annelie Buntenbach vom DGB. Frauen werde es härter treffen als Männer.

Quelle: taz

7. **Die Klassenfrage**
   Im Kern ist die Rentendebatte keine zwischen Jüngeren und Älteren. Es ist eine Debatte um Arme und Reiche in diesem Land.
   Quelle: Berliner Zeitung
8. **Bertelsmann und die ARD-Themenwoche »Demografischer Wandel«**
   Eine interessante Debatte in „die Gesellschafter".
   Quelle: die Gesellschafter
9. **Minijobs, Hungerlöhne, Leiharbeit – die Arbeitsmarktlüge**
   Deutschland ist auf dem besten Weg, den Vereinigten Staaten den Rang abzulaufen: Es geht um den zweifelhaften Spitzenplatz im Niedriglohnsektor. Während in der Politik schon fröhlich über die angebliche Chance auf Vollbeschäftigung gefaselt wird, weiß fast ein Viertel der Arbeitnehmer in Deutschland nicht mehr, wie bei stei-genden Preisen der Lebensunterhalt finanziert werden soll. Gute Arbeit für alle bei steigendem Wohlstand ? das war die Formel für das Wirtschaftswunderland Deutschland.
   Quelle: Hessischer Rundfunk (Podcast, ca. 50 min. ca. 17,7 MB)
10. **Robert von Heusinger:Wettbewerbsfähigkeit über die Lohnkosten : Ein totaler Sieg der Lobby**
    Weil Wettbewerbsfähigkeit spätestens seit der ersten Regierung Schröder oberste Maxime des Staates geworden ist, hat Deutschland als einziges entwickeltes Land seinen Weltmarktanteil beim Export – trotz China & Co. – halten können. Das ist für die Exporteure toll, für die Menschen im Land indes grässlich. Denn die Kehrseite dieser merkantilistischen Wirtschaftspolitik lautet : Stagnierende Einkommen und stagnierender Konsum – und das nun schon seit Jahren. Ein Leistungsbilanzüberschuss spricht für zu niedrige Löhne. Wenn überhaupt sind hierzulande also seit Jahren die Löhne zu niedrig. So wird es an der Zeit, das Wort der Lobbyisten "Wettbewerbsfähigkeit" – das zum Staatsziel wurde – zu streichen. In den Mittelpunkt der Politik gehören Jobs und höhere Löhne. Das eigentliche Ziel allen Wirtschaftens lautet maximaler Wohlstand – und nicht Wettbewerbsfähigkeit !
    Quelle: FR
11. **Magazin Mitbestimmung zur Gewerkschaftsdebatte**

    Quellen: Hans Böckler Stiftung

    a)Die Konkurrenten der Einheitsgewerkschaft
    Was sind das für Organisationen, die offensiv als Konkurrenten der DGB-Gewerkschaften auftreten?

Quelle: Boeckler

b) Wie gerufen
Um den Mindestlohn zu umgehen, gründen die privaten Postdienstleister nicht nur einen eigenen Arbeitgeberverband – die PIN AG finanziert die passende Gewerkschaft mit dazu.
Quelle: Boeckler

c) Erfüllungsgehilfen
Es sind die Arbeitgeber, die im Bankenbereich die Unterbietungskonkurrenz der Gewerkschaften salonfähig machen.
Quelle: Boeckler

d) Heute kann sich der Arbeitgeber die Gewerkschaft aussuchen
Arbeitsrechtler Ulrich Zachert über konkurriernde Tarifverträge.
Quelle: Boeckler[PDF – 272 Kb]

12. **Georg Fülberth: Dicke Mitte**
Von Verrat ist auf keiner Seite zu reden, auch bei der GAL nicht. Vielleicht ändern Menschen und Parteien sich nicht sehr, sie outen sich. Die Grünen sind das parteipolitische Ergebnis eines sozialen Umbruchs, der schon in den sechziger Jahren einsetzte und erst später sichtbar wurde: des Aufstiegs der Intelligenz zur Massenschicht, die als neue Mitte in wichtige Positionen einrückte. Das geht zunächst nicht ohne Aufregung ab, findet dann aber seine Ordnung: jetzt. Dieser Pluralismus hat aber eine Schlagseite. Er wird bestimmt durch die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie in zwei Parteien bei gleichzeitiger Schrumpfung ihres Potentials. Hatten SPD und Linke 2005 zusammen 42,9 Prozent, so sind es in den Umfragen 2008 nur noch 38 oder 39. Die scheinbare Vielfalt verhüllt eine Polarisierung: in eine Linke, bestehend aus einer Partei gleichen Namens und einem Teil der SPD, einerseits und in eine größer werdende Dicke Mitte andererseits.
Quelle: Freitag
13. **Grüne sind immer noch links**
Die schwarz-grüne Koalition in Hamburg wird möglich, gerade weil die Grünen eine linke Partei sind: Die Union will von der moralischen Integrität ihrer neuen Partner profitieren
Quelle: TAZ

Anmerkung Orlando Pascheit: *Der ziemlich seltsame und anrührende Versuch, die Grünen als linke Partei zu retten, gerät einerseits zu einer klarsichtigen Beschreibung,*

wie die Grünen Schröder in die Agenda 2010 folgten, und mündet in eine sehr allgemeinen Aufforderung zu einer linken Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik auf der Bundesebene. Indirekt misstraut die Autorin damit ihrer eigenen Aussage, dass die Grünen in den Verhandlungen mit der CDU in Hamburg einiges durchgesetzt hätten. Die Gemeinschaftsschule, welche Arbeiter- und Migrantenkindern faire Chancen gebe würde, wurde nicht umgesetzt. Die Selektion wurde einfach um zwei Jahre nach hinten verlagert, und selbst hinter der sechsjährigen Grundschule als Regelfall stehen dicke Fragezeichen. Eine angemessene Betreuung wird durch das neue Lehrerarbeitszeitmodell, wodurch 1000 Stellen gestrichen werden, weiter eingeschränkt. Die Nachlagerung, nicht die Abschaffung, der Studiengebühren stößt Tor und Tür auf für weitere Erhöhungen.

Ulrike Winkelmann betont immer wieder, die Grünen seien nicht rechts. Natürlich sind sie nicht rechts im Sinne der CDU, sie sind aber wirtschaftsliberal im Schröderschen Sinne geworden. Und bis zum Beweis des Gegenteils, etwa wie z.B. einer programmatischen Forderung nach einer Bürgerversicherung, der Abschaffung der Studiengebühren, Einführung eines allgemeinen, für alle Arbeitsverhältnisse gültigen, gesetzlichen Mindestlohns auf Bundesebene, bleibt sie eine Art Öko-FDP.

14. **Die achte Plage**
Weltbank-Präsident Robert Zoellick hat die Nahrungsmittelknappheit mit den alttestamentarischen “sieben Plagen” verglichen, vergaß aber zu erwähnen: eine achte ist die Weltbank selbst. Sie hat die Förderung der Agrarproduktion für den Export und nicht die lokale Versorgung der Bevölkerung durchgesetzt. Die Devisen, um Kredite auf den globalen Finanzmärkten zu bedienen, waren ihr wichtiger als die Ernährung der Menschen, auch wenn das den Finanzmärkten letztlich nicht half. Als die Immobilienblase platzte, stürzten sie in die tiefste Krise der vergangenen 100 Jahre. Doch die Spekulanten geben nicht auf. Sie stecken trotz der Verluste noch immer riesige Geldvermögen in Rohstoffe und treiben die Preise für Nahrungsmittel vor sich her. So infiziert die Krise der Finanzmärkte die Märkte für Nahrungsmittel.
Quelle: Freitag

Dazu auch:

Wie Börsen-Zocker die Lebensmittel-Preise befeuern
Spekulation auf Kosten der Armen: Hedgefonds und Kleinanleger pumpen gewaltige Geldmengen in die internationalen Rohstoffbörsen. Das treibt die Preise für Weizen oder Reis immer weiter in die Höhe – und sorgt weltweit für Hunger. Es ist nicht lange

her, da hat Dwight Anderson die Presse noch mit weit geöffneten Armen und jovial aufbereiteten Anekdoten empfangen. Er erzählte Geschichten aus seiner Welt. Der Welt des großen Geldes. Freimütig schwärmte der New Yorker Hedgefonds-Manager erst im Oktober von seinen Besuchen auf Palmölplantagen in Malaysia und bei brasilianischen Getreidebauern: "Man konnte deutlich sehen, wie sich das Angebot verknappt."
Quelle: Spiegel-online

15. **Keine Ruhe vor den Wahlen**
Großbritannien: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wehren sich mit Streiks gegen die Kürzung ihrer Gehälter
Quelle: junge Welt

Kommentar: *Wie sich die Bilder gleichen.*

16. **Entscheidung der SPD-Schiedskommission im Parteiordnungsverfahren gegen Clement**
sueddeutsche.de dokumentiert den Wortlaut der "Entscheidung im Parteiordnungsverfahren Bochum 01/08" der SPD-Schiedskommission.
"Antragsgegner": Der frühere Wirtschaftsminister Wolfgang Clement.
Quelle: SZ

Auszug:
"Mit seinen Wortbeiträgen am 20.01.2008 (Welt am Sonntag) und am 23.01.2008 (Interview in der ARD-Sendung "hart aber fair"), hat der Antragsgegner gegen die Grundsätze der SPD verstoßen. Er hat das Gebot der innerparteilichen Solidarität verletzt (§35 Abs. 1 Satz 2 Organisationsstatut)." (…). Dem Antragsgegner ist anzulasten, dass er mit seinen Wortbeiträgen vorsätzlich gehandelt hat. Denn die Wirkung, auf das Ergebnis der Hessenwahl Einfluss zu nehmen, hat der journalistisch geschulte Antragsgegner richtig eingeschätzt und bewusst und gewollt gesucht. Dies zeigt schon der Zeitpunkt seiner Äußerungen sieben Tage und vier Tage vor dem Wahltag – zu einem Zeitpunkt also, als sinnvolles Richtigstellen und Gegenhalten der Partei keinen Erfolg mehr versprochen, sondern den Eindruck von Uneinigkeit der SPD nur verstärkt hätte.

Für seine im Wahlkampf geäußerte Kritik an der hessischen Energiekonzeption der SPD-Spitzendkandidatin Andrea Ypsilanti kann sich der Antragsgegner nicht auf das Recht der freien Meinungsäußerung berufen. Natürlich kann (und soll) in einer

lebendigen Partei über “richtige” Politik, über politische Sachthemen z.B. die Energiepolitik diskutiert und um Sachlösungen gestritten werden: das ist charakteristisch für eine “noch-Volkspartei’ wie die SPD [sic: Wortlaut!]. Dies alles hat aber in Zeiten eines Wahlkampfes zurückzutreten. (…).
Aus seiner Funktion als Aufsichtsratmitglied bei der RWE-Power AG kann er nicht “verpflichtet” sein, sich im Wahlkampf im unternehmerischen Interesse dieser Gesellschaft zu äußern.

Ein solcher schwerer Schaden für die Partei liegt darin, dass viele Bürgerinnen und Bürger bei der Landtagswahl in Hessen am 27.01.2008 der SPD nicht ihre Stimme gegeben haben, die SPD deshalb aus der Wahl nicht als stärkste Partei hervorgegangen ist und ihre Abgeordneten mit den Grünen keine tragfähige Landesregierung bilden konnten; zugleich hatte dies bundespolitische Auswirkungen (z.B. Zusammensetzung des Bundesrates). **Dieser Schaden ist auf das Verhalten des Antragsgegners zurückzuführen.** Es gibt Schlimmeres als das politische Fehlverhalten des Antragsgegners gegenüber seiner Partei Ende Januar 2008. **Der derzeit verheerende Zustand der SPD und das entsprechende Stimmungstief innerhalb der Partei sind ihm nicht anzulasten.**

Die Partei muss bis zu einer bestimmten Grenze Genossinnen und Genossen ertragen, die im politischen Alltag nicht immer auf Parteilinie sind, die nicht immer für ihre einzelnen politischen “Schüsse”/Beschlüsse/Entscheidungen ungeteilten Beifall in der Partei finden oder die in der Partei als schwierig gelten. Diese Art Gelassenheit muss man auch gegenüber dem Antragsgegner walten lassen. Schließlich kann nicht unberücksichtigt bleiben, dass der Antragsgegner vor Jahren auf einem Parteitag zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD gewählt wurde und diese Funktion 6 Jahre innehatte. Aus diesen Gründen wird von einem Ausschluss des Antragsgegners aus der SPD abgesehen.
Diese Entscheidung ist einstimmig getroffen.”

Anmerkung: *Zu dieser Bankrotterklärung ersparen wir uns einen Kommentar.*

Siehe dazu:

Clement hat schon immer gegen die SPD gearbeitet, es hat nur keiner wahrhaben wollen

Siehe dazu:

Politische Schizophrenie
Die SPD bescheinigt Wolfgang Clement, für die Wahlniederlage in Hessen verantwortlich zu sein. In einem konfusen Dokument rechnet die Partei mit Clement ab – und belässt es bei einer Rüge.
Quelle: SZ

17. **Die viel diskutierten Ergebnisse der Grundschulstudie "Element" schienen gegen die sechsjährige Grundschule zu sprechen. Tatsächlich legt die Studie andere Schlüsse nahe**
Olaf Köller, der Direktor des von den Kultusministern gegründeten Instituts zur Qualitätssicherung im Bildungswesen (IQB) und Professorenkollege des Bildungsforschers Rainer Lehmann an der Humboldt-Universität Berlin, war nach der Lektüre des Interviews mit Lehmann in der ZEIT über die Grundschulstudie "Element" erschrocken über die vermeintlichen Ergebnisse. Vier Tage später erschrak er erneut – diesmal über die Differenz zwischen Lehmanns Auslegung und den tatsächlichen Befunden der Studie. Nun ist er wie viele Erziehungswissenschaftler in Sorge. Er fürchtet, der vorzeitige Interpretationserguss seines Kollegen könne sich zum Unglücksfall im Verhältnis zwischen Erziehungswissenschaft, Öffentlichkeit und Politik auswachsen. Wenn in Erinnerung bleibt, dass jeder seine eigene Studie habe und Interpretationen beliebig seien, könnten die noch hoch angesehenen Studien ihr Ansehen verlieren, so die Befürchtung.
Quelle: Die Zeit
18. **Oppositionsanträge zur Änderung der Studienfinanzierung abgelehnt**
Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat sich gegen eine Novelle der Studienfinanzierung ausgesprochen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktion und gegen die Stimmen der Antragsteller wurden am Mittwochvormittag Anträge der FDP (16/8196, 16/8407), der Linksfraktion (16/8741 [PDF – 60KB]) und Bündnis 90/Die Grünen (16/8749) abgelehnt.

Eine verbesserte Finanzierungsberatung für Studierende und eine Ausweitung des Stipendiensystems mit Hilfe der Wirtschaft forderte die FDP-Fraktion. Zehn Prozent der Studenten eines Jahrgangs sollten ein Stipendium erhalten, das leistungsbezogen und unabhängig von der finanziellen Lage der Eltern vergeben werden müsse. Derzeit würden nur knapp zwei Prozent der Studenten mit Stipendien gefördert, so die FDP.
Die Linke hatte für eine Abschaffung der Studiengebühren und für ein BAföG-Anrecht für alle Studenten plädiert.
Die Grünen forderten eine stärkere Überwachung der Auswirkungen von Studiengebühren sowie langfristig deren Abschaffung.

Quelle: Deutscher Bundestag

19. **Auslandserfahrung: Nur reiche Studenten gehen häufig ins Ausland**
Keine Auslandserfahrung, kein Job – diese knappe Formel haben viele Studenten verinnerlicht. Allerdings können nicht alle Studenten ihre Karriereaussicht verbessern, denn nur reiche Studenten gehen häufig ins Ausland Studenten aus wohlhabenden Elternhäusern absolvieren doppelt so häufig einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland wie junge Menschen aus armen Familien. Dies zeigt eine Auswertung des Deutschen Studentenwerkes (DSW), die in Berlin vorgestellt wurde.
Quelle: Die Zeit